



# Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der  
Kinder (Kinderkommission)

## Wortprotokoll der 29. Sitzung

### **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Berlin, den 12. Februar 2020, 15:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Matthias Seestern-Pauly, MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1** **Seite 7**

Verschiedenes

### **Tagesordnungspunkt 2** **Seite 7**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema  
"Partizipation von Kindern und Jugendlichen -  
Gelebte Partizipation. Erfahrungen aus der Praxis"



## Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 6
Wortprotokoll	Seite 7



*deko.öff*

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

**Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)**

Mittwoch, 12. Februar 2020, 15:00 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u> Wiesmann, Bettina Margarethe		<u>CDU/CSU</u> Launert Dr., Silke	_____
<u>SPD</u> Rüthrich, Susann		<u>SPD</u> Bahr, Ulrike	_____
<u>AfD</u> Huber, Johannes		<u>AfD</u> Harder-Kühnel, Mariana Iris	_____
<u>FDP</u> Seestern-Pauly, Matthias		<u>FDP</u> Föst, Daniel	_____
<u>DIE LINKE.</u> Müller (Potsdam), Norbert		<u>DIE LINKE.</u> Werner, Katrin	_____

7. Februar 2020

Anwesenheitsliste  
Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro  
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339  
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 1 von 2



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

*teilw. öff.*

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)  
Mittwoch, 12. Februar 2020, 15:00 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u> Schneidewind-Hartnagel, Charlotta		<u>BÜ90/GR</u> Dörner, Katja	

7. Februar 2020

Anwesenheitsliste

Seite 2 von 2

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen  
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema  
„Partizipation von Kindern und Jugendlichen“  
am Mittwoch, dem 12. Februar 2020, 15.30 Uhr**

Name	Unterschrift
<b>Sebastian Schiller</b> (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung)	
<b>Luise Pfitze</b> (Stabsstelle Advocacy SOS-Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder)	



## **Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen**

### Abgeordnete

Vors. Matthias Seestern-Pauly	7, 11, 15, 16, 17, 19, 20
Abg. Bettina M. Wiesmann	15, 21, 22
Abg. Susann Rührich	16, 20
Abg. Johannes Huber	19
Abg. Norbert Müller	16
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel	16

### Sachverständige

Luise Pfütze	11, 19, 20, 22
Sebastian Schiller	7, 11, 17, 21, 22



## Tagesordnungspunkt 1

### Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

## Tagesordnungspunkt 2

### Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Gelebte Partizipation. Erfahrungen aus der Praxis“

**Vorsitzender:** Ich begrüße Sie alle zum öffentlichen Expertengespräch „Partizipation von Kindern und Jugendlichen - Gelebte Partizipation. Erfahrungen aus der Praxis“. An dieser Stelle begrüße ich besonders unsere beiden Experten, Frau Luise Pfütze von der Stabsstelle Advocacy des SOS Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder, und Herrn Sebastian Schiller, den Leiter der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerks. Wir hatten Ende Januar den Besuch einer dritten Grundschulklasse. Die Schule führt an ihrer Schule eine Art Schülerkonferenz durch, an der die Schülerinnen und Schüler in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das war gewissermaßen der erste Einstieg in unser Thema. Heute haben wir das erste Expertengespräch in einer Reihe von Terminen, die sich mit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in einem gesellschaftlichen und politischen Prozess befassen. Dabei soll es um die Möglichkeiten, Chancen, aber auch Herausforderungen und Probleme gehen, mit der die Partizipation von Kindern in der Praxis verbunden ist. Ich würde zunächst vorschlagen, dass wir mit Ihren Vorträgen für eine Dauer von jeweils ungefähr 10 bis 15 Minuten beginnen. So viel Redezeit haben wir im Ausschuss nie. Im Anschluss daran würden wir gerne in eine Fragerunde einsteigen. Wir müssen auch heute tatsächlich gut mit der Zeit hinkommen, weil ich dann zu einem Gespräch muss, bei dem es auch um Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht. Von daher würde ich jetzt auch gar nicht länger Zeit verlieren wollen und erst einmal fragen, wer beginnt? Wie es aussieht Herr Schiller. Dann, Herr Schiller, würde ich Ihnen das Wort erteilen.

**Sebastian Schiller** (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes e. V.): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Kinderkommission, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung hier zur öffentlichen Expertenanhörung. Das Thema ist Partizipation, ich sage Beteiligung. Ich verwende beide Begriffe synonym und in meinem Fall mit dem Schwerpunkt auf der Kommune. Ich habe das ganze überschrieben mit der These, dass die Kommune als Kinder- und Jugendzentrum der Demokratie gelte. Ich werde das gleich noch ein bisschen ausführen, warum ich das so genannt habe. Zunächst einmal zu den Punkten, die ich vor habe, heute anzusprechen. Nach einer kurzen Vorbemerkung soll es um fünf Erfahrungen aus der Praxis gehen. Ich hatte ein kleines bisschen mehr Redezeit eingeplant, werde das dann aber ein bisschen straffen und vielleicht haben wir dann noch im Gespräch die Gelegenheit zur Nachfrage. Zuerst möchte ich Näheres zur These der Kommune als Kinder- und Jugendzentrum der Demokratie ausführen. Im Punkt 2 soll es um die strukturellen Voraussetzungen für ein Gelingen in der Praxis gehen. Der Punkt 3 behandelt die Kinder- und Jugendbeteiligung als Gelingensfaktor für die kommunale Arbeit. Die Punkte 4 und 5 sind zusammen zu betrachten und behandeln die These von einem notwendigen Methodenmix, den es vor Ort braucht, kombiniert mit einigen Projektbeispielen. Abschließend werden ein paar politische Forderungen des Deutschen Kinderhilfswerkes vorgetragen, die sich aus den bisherigen Praxiserfahrungen ableiten lassen.

Ich spreche heute als Vertreter des Deutschen Kinderhilfswerkes zur Frage, welche Rolle spielt für uns Kinder- und Jugendbeteiligung? Eine ganz zentrale Rolle. Bei uns ist das Thema im Leitbild verankert und im Leitsatz Nr. 5 wurde es noch einmal genauer aufgegriffen. Zu unserem Hintergrund: Wir sind eine bundesweit tätige Kinderrechtsorganisation, insofern stellt für uns die UN-Kinderrechtskonvention die Leitlinien des täglichen Handelns dar. Die Beteiligungsrechte spielen dort insbesondere im Artikel 12 eine große Rolle. Ich kürze hier ein bisschen ab, da man hier ein bisschen introvertieren könnte, was genau dort gesagt wird. Aber vielleicht gibt es dazu im Gespräch noch einmal die Möglichkeit oder Frau



Pfütze hat für diesen Punkt noch ein bisschen mehr Zeit eingeplant. Wichtig ist, dass die Kinderrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht darstellt, d. h. sie ist im Rang eines einfachen Bundesgesetzes für alles staatliche Handeln bundesweit und bundeseinheitlich rechtlich bindend und damit auch für das Handeln von Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene. Sie stellt somit einen ganz entscheidenden rechtlichen Rahmen für das heutige Thema der Kinder- und Jugendpartizipation in der kommunalen Praxis dar. Dann komme ich auch schon zu den Erfahrungen aus der Praxis. Erfahrung 1 hab ich überschrieben mit „Die Kommune als Kinder-Jugendzentrum der Demokratie“. Ich denke, dass man aus gutem Grund sagen kann, dass Demokratie, falls man dieses Konzept umfassend denkt, auf mindestens zwei Ebenen existiert. Wir haben auf der einen Seite eher die formalen Elemente wie Wahlen, die Arbeit in den Parteien, in Parlamenten und die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen. Diese Ebene kann man meiner Meinung nach gut als Lernwissen vermitteln oder vermittelt bekommen. Die zweite Ebene kann man als Alltagsdemokratie bezeichnen, in der die Demokratie ein allgemeines Strukturmerkmal von Gesellschaft darstellt. Das wird vielfach im direkten Lebensumfeld praktiziert, also in der Schule, auf der Straße, im Verein oder im Freundeskreis. Dieser Teil von Demokratie kann nicht aus einem Buch erlernt, sondern muss in der Praxis vermittelt werden. Die Demokratie besteht notwendigerweise aus beiden Ebenen. Daher kann man aus gutem Grund der These folgen, dass die Kommune das Kinderjugendzentrum der Demokratie ist, da dort an der gesellschaftlichen Realisierung von Demokratie praxisnah gearbeitet wird. Das ist auch durchaus empirisch belegt. Die Studie „Vita gesellschaftlichen Engagements“ vom Deutschen Kinderhilfswerk hat nachgewiesen, dass es einen Zusammenhang zwischen positiven Beteiligungserfahrungen im Kinder- und Jugendalter und einem starken zivilgesellschaftlichen Engagement im Erwachsenenalter gibt.

Die Erfahrung 2 thematisiert die strukturellen Voraussetzungen für eine gelingende Praxis. Die These lautet, dass gelingende Praxis strukturelle

Voraussetzungen benötigt, die im Rahmen einer Gesamtstrategie formuliert sein sollten. Eine solche Gesamtstrategie kann es kommunal, landes- oder bundesweit geben, und diese Voraussetzungen sollten mindestens die drei Säulen Ressourcen, Wissen und Verbindlichmachung abdecken und miteinander verschränken. Der Praxiserfahrung 2 liegt die Erkenntnis zugrunde, dass nicht von guter Praxis gesprochen werden kann, ohne die notwendigen Voraussetzungen zu thematisieren. Ein gutes Beteiligungsprojekt entsteht nicht einfach so, sondern es benötigt bestimmte Voraussetzungen. Ich habe hier die eben definierten Säulen ein bisschen genauer untersetzt – Ressourcen, Wissen und Verbindlichmachung. Im Grunde kann an jedem Punkt angesetzt und gefragt werden, was vielleicht schon in der kommunalen Struktur vorhanden ist und was noch nicht. Wenn man das einmal durchspielt, kann man sagen, dass es die Kommune X mit dem Verwaltungsmitarbeiter Y gibt, der noch freie Arbeitsressourcen hat, um Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse umzusetzen. Oder es gibt z. B. auf der Landesebene ein Fonds für Beteiligungsprozesse, aus dem Sach- und Honorarmittel beantragt werden können. Der Mitarbeiter benötigt jedoch für eine gute Beteiligung gutes Fachwissen. Wenn man den Mangel an Fachwissen nicht durch ein Netzwerk im direkten Umfeld oder auch bundesweit ausgleichen kann, dann findet das Projekt nicht statt. Man kann es auch von der 2. Säule aus betrachten: Wenn es jemanden gibt, der weiß, wie das Projekt ablaufen und funktionieren soll, aber selbst die Zeit dafür nicht hat und auch keine Ressourcen, um sich jemanden aus dem Netzwerk einzukaufen, wird das Projekt auch nicht stattfinden. Das heißt, diese beiden Ebenen sind unbedingt notwendig und bedingen sich gegenseitig. Man kann das auch anhand der 3. Säule „Verbindlichmachung“ weiter ausführen. Angenommen man hat die Ressourcen und auch das Wissen, dann besteht die Herausforderung darin, es in der Kommunalpolitik bekanntzumachen und Unterstützung in Form der Verwaltungsspitze dafür zu finden. Das bedeutet neue Aufwände für die Verwaltung und die Politik, entsprechende Prozesse zu integrieren und die Ergebnisse mit einzubeziehen. Für die Argumentation, warum die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gut





ist, wäre es hilfreich, wenn es ein Gesetz geben würde, das dies verpflichtend beinhaltet und vorschreibt. Neben der Kinderrechtskonvention sind in den Gemeindeordnungen und Kommunalverfassungen vieler Bundesländer bereits entsprechende Regelungen enthalten. Dies ist sehr erfreulich, und es wäre notwendig, dass dies auch in weiteren Bundesländern stattfindet oder es solche Regelungen dort gibt. Schleswig-Holstein ist hier immer noch das bundesweite Vorbild. Brandenburg hat in den letzten Jahren hier auch eine Menge sehr gutes erreicht.

Ich komme nun zur Praxiserfahrung 3 – die Kinder- und Jugendbeteiligung als Gelingensfaktor für die kommunale Arbeit. Kinder- und Jugendbeteiligung ist für die Kommune nur scheinbar ein Mehraufwand, und zwar auf der Ausgabenseite. Also dies ist erstmal auch verständlich, wenn die Verwaltung die neue Aufgabe der Kinder- und Jugendbeteiligung bekommt. Natürlich ist das eine neue Aufgabe, die man nicht einfach so nebenbei erledigt und daher Mehraufwand bedeutet. Hierbei muss man sich auch die Gesamtbilanz ansehen und sich fragen, was das alles bringt. Aus unserer Erfahrung bringt es den Kommunen mindestens so viel, wie es sie gekostet hat und sogar noch mehr, als es sie gekostet hat. Auf der kommunalen Ebene gibt es oft die Reaktion, dass es immer neue Aufwände gibt und immer mehr umgesetzt werden muss. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung auch ein bisschen von sich ferngehalten wird. Wir würden gerne eine Gegenreaktion etablieren, die besagt, dass Kinder- und Jugendbeteiligung für die Kommunen gut ist und positive Effekte hat. Es gibt eine Menge Argumente, die man den Kommunen präsentieren kann, warum die Kinder- und Jugendbeteiligung für die Kommunen gut ist, und das hier Gesagte ist nur eine kleine Auswahl. Erster Punkt: Die Kinder- und Jugendbeteiligung erhöht die Identifikation der Kinder und Jugendlichen mit der Kommune. Wenn diese dann irgendwann erwachsen sind, steht die Frage an, ob sie dort wohnen bleiben wollen. Das ist gerade für Kommunen eine relevante Frage, da diese mitunter stark von Wegzug betroffen sind. Also vielleicht bleiben sie dort, gehen vielleicht nur für die Ausbildung woanders hin und kommen dann zurück. Wenn die Kinder und Jugendlichen ihre

Kommune mitgestaltet haben, dann haben sie einen höheren Bezug zur Kommune und kommen auch später nach der Ausbildung lieber wieder zurück. Das ist ein Argument, warum die Beteiligung für Kommunen wichtig ist.

Der zweite Punkt betrifft den Standortfaktor. Für Familien ist es bei einem Umzug relevant, wo sie ein Haus bauen können, und natürlich ziehen sie lieber in eine Kommune, die kinderfreundlich ist und kinderfreundlich arbeitet und das auch nachweisen kann, als in eine Kommune, wo das alles keine Rolle spielt. Wenn man als Verwaltung das Expertenwissen der Kinder und Jugendlichen in die eigenen Entscheidungen mit einbezieht, beispielsweise bei der Spielplatzgestaltung, beim Programm des Jugendzentrums oder auch bei der Sicherheit von Schulwegen, dann werden letztendlich die Entscheidungen auch besser und passgenauer für die Zielgruppe. Wenn die Kinder z. B. zum Jugendzentrum befragt werden und sich dieses dann danach auch entsprechend ausrichtet, führt das logischerweise zu einer besseren Nachfrage, als wenn Kinder und Jugendliche nicht gefragt würden und man ihnen etwas vorsetzt, was sie gar nicht wollen. Letztendlich erhöht damit Kinder- und Jugendbeteiligung auch die Legitimität von Verwaltungsentscheidungen. Niemand – auch nicht Kinder und Jugendliche – kann alles zu 100 Prozent erfüllt bekommen, und so ist es auch bei der Kinder- und Jugendbeteiligung. Wenn die Kinder und Jugendlichen gefragt würden, was sie denn gerne hätten, und ihnen dann transparent gemacht werden würde, warum einige Wünsche nicht final umgesetzt werden können, dann ist es letztendlich ein Weg, wie die Verwaltung die Kinder und Jugendlichen mitnehmen kann. Insofern wird dadurch auch deren Legitimität erhöht. Das wären so die wichtigsten Punkte.

Jetzt zu den Punkten 4 und 5, also die Erfahrungen aus der Praxis und die These vom Methodenmix. Es ist übergreifender fachlicher Konsens, dass vor Ort verschiedene Instrumente benötigt werden, um Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Man kann den Satz dazu formulieren, nicht jedes Beteiligungsinstrument ist für alle Kinder und Jugendlichen, für jedes Beteiligungsanliegen und zu jeder Struktur vor



Ort passend. Wir haben die wichtigsten Formate zusammengefasst. Ich denke, das ist Ihnen auch zum Großteil bekannt. Es gibt die Kinder- und Jugendparlamente, die den Vorteil haben, dass sie auf Dauer angelegt und eng mit kommunaler Politik und der Kommunalverwaltung verbunden sind. Das heißt, dass es auch immer einen Gesprächskanal gibt und die Kinder und Jugendlichen auch über einen längeren Zeitraum auf kommunale Politik kontinuierlich einwirken können. Der Nachteil ist, dass es nicht für alle das passende Format ist, sich in solchen Gremienstrukturen einzufinden. Es gibt auch die Konferenzen, welche offene Formate darstellen, an denen jeder teilnehmen kann, der möchte. Das ist weniger formell und es gibt dafür entsprechende Großgruppenmethoden, wie die Ideen dort eingeholt werden. Im besten Fall finden die Konferenzen auch regelmäßig statt, vielleicht einmal im Jahr, und dort wird von der Politik und Verwaltung berichtet, was gemacht und von den Wünschen der Kinder und Jugendlichen auch umgesetzt wurde und welche neuen Themen anstehen. Die projektbezogene Beteiligung hat den Vorteil, dass es um ein konkretes Anliegen geht, welches einen Anfang und ein Ende hat. Der Nachteil ist natürlich, dass die Beteiligung nicht auf Dauer angelegt ist und die Kinder und Jugendlichen keine kommunale Strukturentwicklung betreiben. Es gibt hier auch noch mehr Unterformen, aber ich will es erst einmal bei der Gesamtstruktur belassen.

Jetzt kommen wir noch einmal auf ein paar ganz konkrete Beispiele aus der Praxis zu sprechen. Die Stadt Herrenberg hat ein gesamtes Modell für Kinder- und Jugendbeteiligung eingerichtet und könnte daher als modellhaft gelten und der eben dargestellten These über die Verbindung unterschiedlicher Instrumente mit ihren Stärken folgen. In der Mitte der Folie sehen Sie eine Jugenddelegation, welche das Kinder- und Jugendparlament darstellt und an die Stadtverwaltung und den Gemeinderat angebunden ist. Die tagen regelmäßig und bringen ihre Anliegen dort vor. Es gibt auch ein Jugendforum, also ein offenes Format, in dem das Kinder- und Jugendparlament berichtet und die neuen Meinungen der Kinder und Jugendlichen eingeholt werden, die nicht im Parlament arbeiten, aber interessiert sind. Das wird dann

letztendlich zu Projekten verbunden. Es gibt eine Online-Plattform, auf der sich diejenigen, die weder zur Konferenz noch ins Parlament wollen auch mitbeteiligen können. Das alles ist auch an die Schulen angebunden und es gibt eine fachliche Begleitung. Das ist für eine kommunale Gesamtstruktur ein ziemlich vorbildliches Format, wie ich finde. Das gibt es jetzt schon ein paar Jahre und man kann sagen, dass es einige Erfolge gibt. Die Kinder und Jugendlichen konnten eine ganze Menge Themen setzen, z. B. ein neues Basketballfeld, die Neugestaltung der jugendkulturellen Angebote, die Neugestaltung des Schullebens, in der baulichen Umsetzung der Planungen dauert es noch ein bisschen. Es sind auch u. a. legale Graffitiflächen eingerichtet worden. Das ist der Bereich, der originär die Kinder und Jugendlichen betrifft, aber auch an den Bereichen, die sie nur mitbetreffen, sind sie beteiligt worden, z. B. bei der Planung eines neuen Wohngebietes. Es gibt dort ein geschlossenes Freibad, für das haben sie Ideen entwickelt, die gerade im Entstehen sind. Es gab auch Befragungen hinsichtlich den Weg- und Radstrecken und damit zur Sicherheit im Verkehr. Dann noch das Jugendprojekt *challenge* in Kiel als ein Projekt aus der Praxis. Ich sage immer, das ist so eine Art Kinder- und Jugendbudget, allerdings sehr intensiv pädagogisch begleitet. Es gibt dort Gelder für Kinder und Jugendliche, die sie in eigene Projekte umsetzen können. Das wird alles pädagogisch vorbereitet und man geht direkt an die Schulen. Insofern ist es ein Instrument, wo man gut sozial-räumlich arbeiten und steuern kann, welche Kinder und Jugendlichen angesprochen werden sollen. Vielleicht spricht man gerade auch die an, die bisher noch nicht für Kinder- und Jugendbeteiligung erreicht werden konnten. Man geht in die Schulen, macht dort Workshops, erklärt ihnen das Projekt, sammelt Ideen, die werden gemeinsam ausgearbeitet, und mit den Mitteln im Projekt werden sie dann auch umgesetzt. Das war ein kurzer Praxiseinblick.

Aber Kinder- und Jugendbeteiligung muss nicht kompliziert sein, sondern kann auch ganz einfach gehen, wie der Mädchentreff in Berlin-Moabit zeigt. Viele Mädchen gehen dort täglich hin, und sie wollten den Eingangsbereich gerne verschönern, da dieser nach ihrer Ansicht das Tor zu ihrem Kiez ist. Deshalb wurden mit ihnen



zusammen Ideen gesammelt, und sie haben das dann selbst umgesetzt. Dies hatte einen Selbststärkungsaspekt für die Mädchen gegenüber der großen Anzahl an Jungs im Kiez, die den Mädchen handwerkliche Arbeiten nicht so zutrauen. Als letztes möchte ich noch die Spielplatzerkundung in Potsdam erwähnen. Dort wurde eine Gruppe von Kindern befragt, ob sie interessiert sind, sich einmal die Spielplätze im Stadtteil anzuschauen. Auf einer Karte wurde sich ein Weg überlegt und die dort vorhandenen Spielplätze begutachtet. Zu den jeweiligen Spielplätzen wurden Fragebögen ausgefüllt mit Fragen, ob sie dort gerne spielen, welches Spielzeug es dort gibt, das Spielzeug dort kaputt ist oder es dort schmutzig ist? Das ergab eine Gesamteinschätzung der Spielplätze mit einer Note, die dann von den Kindern zusammen mit Politik und Verwaltung der Stadt vorgestellt wurde. Das waren die Praxiserfahrungen, die ich in aller Kürze mitgebracht habe.

Jetzt lese ich noch die Forderungen des Kinderhilfswerks vor. Forderung 1 wäre, dass es eine Bund-Länder-Konferenz unter Federführung der Bundesregierung geben sollte, auf der die Vorteile der Kinder- und Jugendbeteiligung diskutiert und Handlungsempfehlungen für Bund, Länder und Kommunen erarbeitet werden. Diese sollten in einen Nationalen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen und Reformen münden. Es gab in der Vergangenheit einen entsprechenden Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland, da ist dann sehr viel angeschoben worden. Wir sind der Meinung, dass es eine Fortsetzung geben sollte. Ich möchte auch eine Forderung der Kinderkommission der vergangenen Wahlperiode aufgreifen, die in der Stellungnahme zur Kinder- und Jugendbeteiligung die Einrichtung einer Bundesstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung forderte. Auf Landesebene gebe es Fach- und Servicestellen, die das Thema koordinieren und fachlich beraten und die Fachleute vernetzen. Auf Bundesebene gibt es so etwas nicht und wir sind der Meinung, es wäre durchaus hilfreich, wenn es das gäbe. Wie das genau ausgestaltet werden soll, ist dann noch einmal eine andere Frage. Kinderrechte im Grundgesetz ist gerade ein heiß diskutiertes Thema und wir sind der Meinung, dass die Beteiligungsrechte dort mit einer starken Formulierung Einzug halten sollten. Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank Herr Schiller für Ihren Vortrag und dass Sie sich an den Zeiträumen gehalten haben. Ich hätte noch eine Frage, bevor wir mit Frau Pfüte weitermachen. Wäre es möglich, dass wir die Präsentation bekommen könnten. Haben wir schon, wunderbar, alles klar, herzlichen Dank, Herr Schiller.

**Sebastian Schiller** (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes e. V.): Die zwei oder drei Fotos müsste ich noch rausnehmen, damit es öffentlich verwendet werden kann.

**Vorsitzender:** Alles klar, super, herzlichen Dank. Frau Pfüte.

**Luise Pfüte** (Stabsstelle Advocacy SOS-Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Auch von meiner Seite noch einmal herzlichen Dank für die Einladung zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Praxis. Ich werde das Thema jetzt von der kommunalen Ebene weiter auf die Trägerebene der Kinder- und Jugendhilfe runterzoomen und einige Beispiele aus unserer Arbeit präsentieren. „Sage es mir und ich werde es vergessen, zeige es mir und ich werde mich erinnern, beteilige mich und ich werde es verstehen.“ Ich habe dieses Zitat von Lao-Tse meiner Präsentation vorangestellt, weil es einerseits den Leitlinien zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im SOS-Kinderdorf entspricht und weil es meines Erachtens gut zeigt, welche positive Wirkung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entfalten kann. Ähnlich wie Herr Schiller benutze ich die Begriffe Beteiligung bzw. Partizipation synonym. Beteiligung passiert nicht im luftleeren Raum, sondern bedarf einiger Grundlagen und Voraussetzungen, auf die ich im Folgenden noch einmal kurz eingehen möchte, um im Anschluss zu den Praxisbeispielen zu kommen. Partizipation ist wie alle Kinder- und Menschenrechte ein bedingungsloses Recht von Kindern. Es muss weder verdient werden noch ist es mit Pflichten verbunden. Gleichzeitig besteht auch keine Pflicht oder ein Zwang sich zu beteiligen sondern ist ein



alleinstehendes Recht. Die zentralen rechtlichen Grundlagen sind zum einen der schon erwähnte Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention und zum anderen für uns als freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe der § 8 Absatz 1 Satz 1 im SGB VIII. Darüber hinaus finde ich es an dieser Stelle wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Recht auf Partizipation eine ganz zentrale Methode ist, um Kinderrechte überhaupt durchzusetzen. Die Durchsetzung von Kinderrechten kann nicht ohne Beteiligung von Kindern und Jugendlichen funktionieren. Neben dem kinderrechtlichen Aspekt stellt sich noch die Frage, welche Bedeutung und Wirkung die Beteiligung jenseits der rechtlichen Ebene entfalten könnte. Wir bei SOS-Kinderdorf verstehen Partizipation als ein zentrales pädagogisches Handlungsprinzip vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass es die Erfahrung von Selbstwirksamkeit bei Kindern und Jugendlichen ermöglicht. Es stärkt ihr Kohärenzgefühl, also das Gefühl, dass das Leben sinnhaft ist und es durch eigenes Zutun im besten Fall positiv beeinflussbar wird.

Ich habe Ihnen von uns noch ein paar Fachunterlagen mitgebracht, in denen es um das Thema Kohärenz und Partizipation als aktive Gewaltprävention und damit den Schutz vor Grenzüberschreitung von Kindern und Jugendlichen geht. Zurück zu der Frage, warum Selbstwirksamkeit so wichtig ist. Kinder, die von SOS-Kinderdorf oder der Jugendhilfe betreut werden, haben in ihrem bisherigen Leben oftmals Ohnmachtserfahrungen gemacht. Sie machten die Erfahrung, dass ihre Meinung nicht gehört und respektiert wird und sie wenig oder kaum einen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt haben. Gerade für diese jungen Menschen ist es wichtig zu lernen, dass ihre Meinung wichtig ist und dass sie sie artikulieren können. Dadurch wird sie wahrgenommen, kann ihr Leben beeinflussen und ihre Lebenswelt positiv gestalten. Daraus kann sich dann auch ein Selbstbewusstsein entwickeln. Die Gewaltprävention kann durch Partizipation erhöht werden, da durch Partizipation die Kommunikations- und Konfliktfähigkeit erlernt werden kann. Es müssen im Alltäglichen Kompromisse gefunden werden, und das ohne Gewaltanwendung. Durch das Erlernen, dass ich

auch mit anderen Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen Kompromisse eingehen und auf deren Meinung eingehen muss, erlernen die Jugendlichen und die Kinder eine Frustrationstoleranz, die dann zur Gewaltprävention beiträgt und einen Teil des Schutzes vor Grenzüberschreitung darstellt. Kinder, die lernen ihre Meinung zu artikulieren und spüren, dass ihre Meinung ernstgenommen wird, sich beschweren dürfen und diese Beschwerden auch ernstgenommen werden und Wirkung zeigen, können besser ihre Grenzen aufzeigen und sich schützen, wenn diese Grenzen überschritten werden. Sie wissen dann auch besser, wo sie sich hinwenden müssen und wo ihnen geholfen wird. Deshalb ist der Zusammenhang zwischen Beteiligung und Schutz hier auch ganz wichtig. Nicht zuletzt fördert Partizipation, wie Herr Schiller es schon angemerkt hat, die Demokratiebildung, indem Erfahrungen mit alltäglichen Aushandlungsprozessen gemacht werden und Regeln im Zusammenleben mitgestaltet werden. Gerade in der stationären Kinder- und Jugendhilfe ist der Alltag vielleicht manchmal ein Stück weit mehr von Regeln geprägt, als er das in „normalen“ Familien der Fall ist. Es ist daher umso wichtiger, dass die Kinder und Jugendlichen bei der Aufstellung der Regeln für das Miteinander beteiligt werden und sie dadurch lernen, Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders einzuüben und erkennen, wo die eigene Freiheit endet und die der anderen eingeschränkt wird. Alle diese Faktoren der Partizipation können nicht in einem einzelnen Workshop oder in einem einzelnen Projekt erlernt werden, sondern spielen sich in einem fortwährenden Lern- und Erfahrungsprozess ab. Auch wenn Beteiligung in der Praxis gelernt und gelebt wird, bedarf es einer entsprechenden konzeptionellen Basis. Bei SOS-Kinderdorf sind das die vereinsweiten Leitlinien und Rahmenvorgaben zur Beteiligung, an deren Erarbeitung auch Kinder und Jugendliche beteiligt waren. Diese spannen den vereinsweiten Trägerrahmen und sind die Grundlage für die Erarbeitung von Konzepten in den einzelnen Einrichtungen. Bei uns gibt es nicht die eine Blaupause „one size fits all“, sondern wir geben den Rahmen vor, und die Einrichtungen müssen vor Ort selber mit den Kindern und Jugendlichen zusammen das für sie passende Konzept für die



Beteiligung entwickeln. Dazu gehört auch ein Beschwerdemanagement mit Handreichungen und Leitlinien, weil das Beschwerde- und Anregungsmanagement ganz eng verknüpft ist und die Beschwerdekultur ein elementarer Teil der Beteiligungskultur ist und als solcher verstanden werden muss. Ein wichtiger Aspekt, den ich hier einmal erwähnen möchte, sind die sogenannten Beteiligungsmentorinnen und -mentoren, die für alle Einrichtungen verpflichtend sind. Das sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht nur für das Thema Beteiligung zuständig sind, aber die sogenannten Hüterinnen und Wächterinnen dieses Themas in den Einrichtungen sind. Sie sollen darauf achten, dass es in der Praxis Beachtung findet, nicht vernachlässigt wird und damit auch die Schnittstelle zum Träger ist.

Jetzt möchte ich kurz auf die Formen und Stufen der Beteiligung eingehen. Wenn wir von Beteiligung reden, hat jeder ein anderes Verständnis davon, auf welcher Stufe wir uns bewegen. Es gibt die Informationen als Vorstufen oder Stufen der Beteiligung. Ich finde immer, dass es eine Vorstufe ist, informiert zu sein. Um mitreden zu können, muss man informiert sein. Dann gibt es die Stufe der Mitsprache, wo ich mich äußern kann, dann die nächste Stufe der Mitbestimmung und zum Schluss die Selbstbestimmung als die höchste Stufe in diesem Stufenmodell. Dort geht es wirklich um die eigene Selbstbestimmung und die Planung und Durchführung eigener Projekte. Nun zu den Formen der Beteiligung: Hierzu zählt zunächst die Beteiligung im Alltag, also in der aktuellen Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. Meines Erachtens ist dies besonders wichtig und elementare Voraussetzung für die aktive Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in eher strukturelleren Partizipationsformaten. Die Kinder und Jugendlichen müssen zuerst in ihrem Alltag, in ihrer alltäglichen Lebenswelt lernen, dass sie beteiligt werden und irgendetwas bewirken können, um zu realisieren, dass sie ihren Alltag selbst mitgestalten können. Erst danach kommen diese strukturellen institutionalisierten Beteiligungsformate wie z. B. Kinder- und Jugendkonferenzen, Dorfräte und Kinderparlamente, die wir bei uns beim Träger auch haben. Ganz zentral ist jedoch die alltägliche

Beteiligung in der Kinderdorffamilie und in der Kita oder anderen Zusammenhängen. Die Voraussetzungen und Faktoren für eine gelingende Partizipation ist zunächst eine partizipative Einrichtungsorganisationskultur. Diese muss auch von Oben gewollt sein, da die Fachkräfte auch in ihren Arbeitszusammenhängen beteiligt werden und das Gefühl der Mitgestaltung haben müssen, um Kinder und Jugendliche entsprechend zu beteiligen. Kinder und Jugendliche müssen wissen, welche Rechte und Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten sie haben. Das heißt, dass sie informiert werden müssen. Wenn die Kinder und Jugendlichen nicht wissen, welche Rechte sie haben, dann können sie sich nicht entsprechend einbringen oder engagieren. Eine einmalige Aktion wie z. B. ein Plakat mit den Rechten oder der Beschwerdebriefkasten am Eingang der Kita reichen dafür nicht aus. Auch hier müssen die Dinge immer wieder lebendig gehalten werden und der Bezug muss hergestellt werden. Die Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen und Wirkung sind hier entscheidend. Die Kinder müssen wissen, wenn sie sich hier oder dort beteiligen, kommt dabei am Ende etwas heraus und bewirkt etwas. Es dürfe nicht das Gefühl aufkommen, dass man zwar gefragt wird, aber man keine Rückmeldung bekommt oder kein Ergebnis sieht. Es braucht für die gelingende Partizipation eine Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsspielräume. Jeder muss wissen, welche Regeln es sozusagen auf dem Spielfeld gibt, worüber entschieden werden darf und welche Konsequenzen sich ergeben. Wenn am Anfang der Rahmen der Mitentscheidung und Beteiligung abgesteckt wird, muss dieser beibehalten werden und darf nicht im Laufe des Beteiligungsprozesses geändert werden. Hierfür wird eine gewisse Risikobereitschaft und Ergebnisoffenheit benötigt. Die Erwachsenen, die oft vom Ende her denken, müssen sich hier einem Perspektivwechsel unterziehen und in den Prozess einsteigen, ohne genau zu wissen, was am Ende dabei herauskommt. Diese Risikobereitschaft inklusive der Möglichkeit des Scheiterns wird hier benötigt. Scheitern ist hier jedoch nicht negativ gemeint, sondern Kindern und Jugendlichen werden hier Erprobungsräume gegeben, in denen sie lernen und sich ausprobieren können und in denen die



Möglichkeit besteht, dass sie mit einem Projekt mal auf die Nase fallen. Nur so lernen sie daraus und können wieder etwas mitnehmen und gucken, was geklappt hat und was durch das eigene Zutun bewirkt worden ist. Es ist selbstverständlich, dass für alle diese Dinge Zeit und personelle Ressourcen benötigt werden. Es wird mehr Zeit benötigt, um Kindern und Jugendlichen diese Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Es wird auch mehr Zeit seitens der Fachkräfte benötigt, ihre eigene Rolle zu reflektieren, sich auch im Team auszutauschen und sich auch entsprechend fort- und weiterzubilden. Engagement ist hier sehr wichtig, und zwar das Engagement der Fachkräfte und die Haltung der Fachkräfte, da dies für eine gelingende Beteiligung oder Partizipation von Kindern und Jugendlichen essentiell ist. Hier gibt es für mich drei Knackpunkte: Die Fachkräfte müssen Kinder und Jugendliche als kompetent und als Expert\*innen ihrer Lebenswelt anerkennen. Kinder und Jugendliche müssen ernstgenommen und respektiert werden. Dabei ist es entscheidend, dass ein Stück weit auch deren Perspektive eingenommen wird. Die Fachkräfte müssen auch die Bereitschaft haben, ihre Macht abzugeben und ihre eigene Rolle zu reflektieren und dies nicht als Einschränkung ihrer eigenen Kompetenz wahrnehmen. Darüber hinaus müssen sie die entsprechenden methodischen und kommunikativen Kompetenzen besitzen, was gerade bei der Beteiligung von besonders jungen Kindern eine Herausforderung darstellt, da diese sich sprachlich noch nicht so gut artikulieren können. Sie benötigen daher feinfühlig und sensible Kompetenzen, um die Bedürfnisse und Wünsche der Kinder zu lesen bzw. mit den Kindern zu üben, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu äußern. Hierfür wird eine kontinuierliche Beziehung und Bindung zu den Kindern und Jugendlichen benötigt, damit sie sich darauf einlassen können und Vertrauen schaffen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz zu den Beispielen aus der Praxis kommen. Eine Kita im Kinderdorf Berlin, die nach dem offenen Konzept arbeitet und dabei ganz viele Möglichkeiten für die Kinder anbietet, sich selber einzubringen und selber ihren Alltag mitzuentcheiden. Dort gibt es auch einen geschützten Rahmen für die ganz Kleinen, wo es anders läuft, aber den lasse ich

jetzt mal weg. Für die etwas Älteren gibt es die freie Auswahl von Funktions- und Spielsituationen. Es gibt dabei nicht mehr die Situation von einer festen Zuordnung zu einer Gruppe, sondern jedes Kind kann jeden Morgen neu entscheiden, womit es sich beschäftigen möchte und mit wem es sich in welcher Spielsituation einbringt. Dabei findet natürlich eine Begleitung durch die Fachkräfte statt. Auch beim Thema Essen gibt es Beteiligung. Es geht um die Essensauswahl, Essenszeiten, ob sie essen wollen oder ob sie nicht essen wollen, die Essensausgabe und die Zubereitung des Essens. Wie Sie sehen sind das die ganz alltäglichen Punkte, bei denen man junge Kinder auch beteiligen kann und sollte. Die Beteiligung bei der Planung und Gestaltung von Projekten und der Materialauswahl findet sowieso statt. Es gibt bei diesem Konzept nicht nur eine Bezugsbetreuerin oder einen Bezugsbetreuer, die oder der sich um das Kind kümmert, sondern Fall- und Bezugsteams, die das Kind ganzheitlich in den Blick nehmen, es in verschiedenen Situationen wahrnehmen und dadurch besser ganzheitlich auf das Kind eingehen können. Zweites Beispiel: Das Hilfeplanverfahren, welches die stationäre Unterbringung betrifft und einen sehr elementaren Punkt der Lebenssituation von jungen Menschen betrifft. Den Kindern so früh wie möglich die Situation kindgerecht erklären und sie persönlich an den Hilfeplangesprächen zu beteiligen, ist für die Kinder und Jugendlichen enorm wichtig. Hierfür gibt es in Berlin-Mitte meines Erachtens ein wirklich gutes Best Practice-Beispiel, welches unter Beteiligung von SOS-Kinderdorf und anderen Trägern zusammen mit dem Jugendamt Berlin-Mitte in trägerübergreifende Empfehlungen zur altersgerechten Beteiligung beim Hilfeplangespräch erarbeitet wurden. Ich gehe aus Zeitgründen nicht auf die Details ein, aber es ist ein öffentlich zugängliches Dokument, welches ich Ihnen auch noch einmal zuschicken kann. Dann gibt es bei uns auch eher strukturelle Beteiligungselemente. Die vereinsweiten Kinder- und Jugendkonferenzen, die wir alle zwei bis drei Jahre seit 2010 in verschiedenen Kinderdörfern durchführen und bei denen wir auch die Kinder sukzessive mehr an der Planung und Durchführung beteiligen. Mittlerweile ist es so, dass die Kinder ihre Workshops selber durchführen und an der organisatorischen



Planung beteiligt werden. Sie wählen das Motto selbst und das Thema wird dadurch noch einmal vereinsweit in die Praxis getragen. Ein letztes spannendes Beispiel besteht in der Qualitätsentwicklung von Einrichtungen. Für Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen ist eine systematische Qualitätsentwicklung verpflichtend. Unser Instrument ist hier der systematische Qualitätsdialog, der auch vorsieht, Kinder ab 8 Jahren und Jugendliche einzubeziehen. Dabei wird sich die Umsetzung der Leitlinie zur Beteiligung in den Einrichtungen angeschaut, insbesondere Schlüsselprozesse wie z. B. die Aufnahme in der Einrichtung. In der letzten Einrichtung, in der der Qualitätsdialog durchgeführt wurde, gab es eine kleine Gruppe von Kindern zwischen 2 und 5 Jahren, die sich beschwerten, dass nur Kinder ab 8 Jahren einbezogen werden. Daraufhin haben die durchführenden Kolleginnen und Kollegen noch einmal einen Workshop mit den jüngeren Kindern durchgeführt, der mit anderen Fragen und methodisch anders ablief. Dieses Beispiel zeige doch deutlich, dass auch schon sehr junge Kinder von sich aus ein Mitsprache- und Beteiligungsrecht über deren Lebenswelt im Kinderdorf einfordern.

Dies war jetzt ein Schnelldurchlauf, zum Schluss gebe ich noch einen kurzen Ausblick, auch hinsichtlich rechtlicher Handlungsbedarfe. Angesichts der anstehenden SGB VIII-Reform würde ich in diesem Kontext erneut darauf hinweisen, dass wir flächendeckende unabhängige ombudshaftliche Beratungsmöglichkeiten benötigen. Darüber hinaus wird dringend ein elternunabhängiger Beratungsanspruch jenseits einer Not- und Konfliktlage gefordert. Wie Herr Schiller bereits erwähnte, braucht es die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, so dass es starke Beteiligungsrechte mit Verfassungsrang geben wird. Danke.

**Vorsitzender:** Herzlichen Dank für Ihren Vortrag, bei dem Sie schon auf viele Punkte eingegangen sind. Nichtsdestotrotz möchte ich fragen, ob es schon konkrete Fragen von Kolleginnen und Kollegen gibt? Frau Wiesmann und dann gehen wir der Reihe nach durch.

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen beiden für Ihre Impulse. Ich hätte zunächst eine konkrete Frage an Herrn Schiller. Ich beschäftige mich sehr mit der Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments in meiner Stadt Frankfurt und hätte gerne gewusst, ob sie Best Practice-Empfehlungen oder Hinweise hätten, wie diese Thematik außerhalb der schulischen Repräsentationen besser wahrgenommen werden könnte. Ich weiß, dass es hierzu viele Spielarten gibt, aber es ist immer das gleiche Grundproblem, dass bei der Vielzahl der Möglichkeiten in den Städten und Kommunen nicht alle über das Angebot erreicht oder informiert werden, um ihnen entsprechende Wahlmöglichkeiten zu eröffnen. Darüber hinaus haben wir das Problem, dass typischerweise nur die Gymnasiasten oder die sich sowieso schon einbringen dort vorbeikommen. Was sind da Ihre Erfahrungen? Sie haben sich bestimmt viele Beispiele dazu angeschaut. Dann hätte ich an Frau Pfützte eine Frage, wenn ich mit weiteren Fragen weitermachen darf, die ich vielleicht überhört habe. Eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Einüben von Beteiligung, und da stehe ich sehr dahinter, was Sie gesagt haben, betrifft die Zielsetzung, dass Demokratiebildung und damit die Befähigung oder Selbstwirksamkeit, wie Sie es sagten, auch eine Persönlichkeitsbildung erforderlich macht. Ein Punkt, der mir ein bisschen gefehlt hat, den ich aber vielleicht überhört habe, ist die Frage nach der Altersgerechtigkeit. Meine Auffassung ist, dass man es schon so machen muss, dass die Kinder und Jugendlichen dort hineinwachsen können. Erziehung ist dabei auch das Heranführen an dieses Großwerden und die Begleitung. Ich glaube auch im Hinblick, was Sie am Ende gesagt haben, haben die Praxisbeispiele gezeigt, dass man das auch falsch anpacken kann. Das totale Freigeben sämtlicher individueller und alltäglicher Neuentscheidungen, was Sie so wahrscheinlich nicht gemeint haben, ist doch auch eine Spielart, die wahrscheinlich auch Nachteile hat. Da können Individuen doch überfordert werden und dann wenig altersgerecht sein. Es kann auch das Erziehungsziel der Gemeinschaftsbildung untergraben werden, wenn jeder isst, wann er will und was er will, dann wird garantiert nicht zusammengegessen. Dann wird auch nicht



respektiert, dass einer schneller und der andere langsamer isst und dass es ein kultureller Akt ist, der auch geübt werden muss. Gibt es dafür Leitlinien oder Erfahrungen, oder heißt es, dass damit einfach möglichst viele klug ausgebildete Pädagogen beauftragt werden und der Rest findet sich? Das sind für mich Schlüsselfragen für die Ausgestaltung. Ich glaube viele wollen das machen, aber in der Praxis machen es viele nicht optimal.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Wiesmann. Ich würde vorschlagen, dass wir noch eine weitere Frage dazu nehmen und antworten dann gesammelt, bevor wir in die nächste Runde gehen.

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Ich habe eine ähnliche Frage oder sie zielt in eine ähnliche Richtung. Herr Schiller, was Sie an Beteiligungsformaten mit Jugendparlamenten und ähnlichen Formaten vorgestellt haben, kenne ich auch aus dem Berliner Speckgürtel. Diese sind auf eine enge Zielgruppe fokussiert, und dabei ist es immer interessant, sich die dazugehörigen Elternhäuser anzugucken. Jetzt haben wir ja einen relativ hohen Anteil von Kindern, die aus ärmeren Elternhäusern kommen und die schlechtere Bildungschancen haben. Sind das für Sie geeignete Beteiligungsformate, um auch diese Kinder und Jugendliche zu erreichen? Ich übersetze mal die Frage von Frau Wiesmann aus meiner politischen Warte heraus, mit welchen Beteiligungsformaten können die ärmeren Kinder und Jugendlichen erreicht werden? Bei Kindern, die längerfristig in SOS-Kinderdörfern leben und aus der Erfahrung heraus häufiger auch aus ärmeren Familien kommen, jedenfalls zu einem größeren Teil als im gesellschaftlichen Durchschnitt, müssten doch die Beteiligungsformate mehr an diesen ausgerichtet werden. Wenn wir gute Beteiligungsformate gerade in den Kommunen entwickeln wollen, dann können wir nicht nur die Kinder aus den bildungsbürgerlichen Elternhäusern mit guten Einkommen in den Fokus nehmen, sondern müssen über die reden, die selbst oder deren Eltern ein erhebliches Problem haben, sich zu artikulieren. Und die möglicherweise auch Eltern haben, die die Rechte ihrer Kinder vielleicht gar nicht richtig wahrnehmen können. Bei

Beteiligung müssen wir über Beteiligungsformate reden, die auch gerade für diese Kinder attraktiv sind. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

**Vorsitzender:** Ich hatte jetzt gerade noch gesehen, dass sich noch eine Frage direkt anschließt.

Abg. **Charlotte Schneidewind-Hartnagel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Prinzip geht es auch um die Umsetzung. Mir geht es nicht nur darum, im Konstrukt arm oder reich zu denken, sondern ich denke stark an Stadt – Land. Mein Wahlkreis liegt im ländlichen Raum und die größte Kommune hat dort 20.000 Einwohner\*innen. Das ist auch die größte und sie ist stolz drauf, denn alle anderen sind kleiner. Ich hatte mal so eine Idee, alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einzuladen, um mal zu schauen, wo und was es denn so als kinderfreundliche Kommunen gibt. Da haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mir glatt gesagt, dass sie nicht kommen, wenn ich nicht irgendetwas wie z. B. eine Bundesfinanzierung oder ähnliches mitbringe, da es für sie ein uninteressantes Thema ist. Für mich stellt sich nun die große Frage, wie ich es hinbekomme, dieses richtige und super Konzept bis nach unten zu transportieren, und zwar nicht nach Frankfurt, sondern nach Osterburken?

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Da kann ich mich tatsächlich anschließen, ohne Sie jetzt überfrachten zu wollen. Es geht genau in eine ähnliche Richtung. Wenn wir den Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse fordern, gerät häufig eine Kommune wie die, aus der ich komme, nämlich 43 Ortsteile, 10.000 Menschen, verteilt in der Pampa, aus dem Blick. Ich wohne dort sehr gern, aber jedes einzelne Dorf hat vielleicht insgesamt drei Kinder, die dort wohnen, manchmal auch fünf oder zehn, und dort fällt es schon schwer, die Erwachsenen angemessen zu beteiligen. Die Gründe hierfür sind meist die Entfernungen, aber vor allem auch die Ressourcen, die der Kommune selber zur Verfügung stehen. Das Rathaus hat bei guter Ausstattung sieben Mitarbeiter\*innen, die alles machen. Es kann irgendwie nicht sein, dass wir





die kleinen Kommunen, wo auch viele Kinder und Jugendliche wohnen, eben nicht beteiligen können, weil es dort einfach strukturell keine Andockungspunkte gibt. Ist in diesen Fällen dann die Landkreisebene oder eine andere Institution sinnvoll? Aber dann sind wir auch wieder ganz schnell dabei, nur schulische Maßnahmen zu machen und nicht in den Freizeit- und den gesellschaftlichen Bereich außerhalb des Schulkontexts zu gehen. Wenn Sie hierzu vielleicht noch einmal ein paar Beispiele oder Anregungen haben, die ganz hilfreich wären.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Herr Huber, Sie hatten zu einem anderen Themenkomplex eine Frage. Genau, dann vielleicht bei der Beantwortung der Fragen. Ich hätte auch eine Frage, die in eine sehr ähnliche Richtung geht. Kennen Sie Formate, bei denen auf digitale Strukturen zurückgegriffen wird. Ich spreche das hier für strukturschwächere oder großflächige Regionen an, da mir bei vielen Jugendparlamenten die Jugendlichen sagen, dass sie sich gerne beteiligen würden, aber ein Problem haben, da körperlich hin- und vor allem wieder zurückzukommen.

**Sebastian Schiller** (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes e. V.): Vielen Dank für die zahlreichen Fragen. Ich versuche es einmal alles kursorisch in einer kleinen Erzählung zu streifen. Vielleicht fangen wir beim ländlichen Raum an und bei den digitalen Formaten. Digitale Formate sind vielleicht der Schlüssel, um den ländlichen Raum für Beteiligung zu erschließen. Das kann man erst einmal als These probieren, dabei muss man schauen, wie es in der Praxis aussieht. Es wird auch die These angenommen, dass es auch ein Schlüssel sein könnte, um die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, die man mit einem Format wie Kinder- und Jugendparlamente oder der Schülermitbestimmung nicht erreicht, weil diese für die Kinder und Jugendlichen zu formal sind. Es hat sich aus unserer Praxiserfahrung heraus jedoch als nicht so richtig herausgestellt. Auch entsprechende Forschungen, wie z. B. die von Waldemar Stange im Rahmen des Jugenddemografiedialogs haben das gezeigt. Man kann nicht einfach eine Plattform installieren und im Anschluss den Jugendlichen sagen, macht da

mal mit. Das funktioniert nicht im luftleeren Raum und ist keinesfalls ein Selbstläufer. Das heißt digitale Formate sind gut als ein Teil einer Gesamtstruktur. Es ist gut, um diejenigen zu erreichen, die eben nicht mobil sein können oder die gerade keine Lust haben, oder auch um größere Gruppen mit zu erreichen. Natürlich auch diejenigen, die eben nicht vor Ort sein können, auch nicht für eine Konferenz. Im luftleeren Raum einfach eine Plattform zu installieren und zu hoffen, die zu erreichen, die sonst nicht erreicht werden, funktioniert nicht und ist daher auch nicht das richtige Instrument. Das passiert aus unserer Erfahrung heraus nicht. Was man braucht, sind viele Arbeitsstunden vor Ort. Die Frage lautete, wie man die Kinder und Jugendlichen erreicht, die man sonst nicht erreicht. Jedenfalls nicht, indem man im Büro oder Jugendzentrum sitzt, sondern indem man raus geht und aufsuchende Arbeit macht. Das ist aber teuer und braucht viele Ressourcen. Deshalb findet das so nicht statt. Dies wäre jedoch die erste Lösung. Man könnte eine Einrichtung wie z. B. ein Kinder- und Jugendparlament schaffen und dann darauf hoffen, dass jemand kommt. Es werden auch welche kommen, aber eben nur die, die kommen und man hat nicht alle erreicht. Es ist zwar gut, besser als wenn niemand kommt, aber man hat nicht annähernd alle erreicht. Wir machen gerade zusammen mit dem Familienministerium eine große bundesweite Studie zu Kinder- und Jugendparlamenten, die zwar abgeschlossen, aber noch nicht veröffentlicht wurde. Darin wird rauskommen, dass dieses stereotype Klischee, dass sich größtenteils nur Bildungsbürgerkinder dort versammeln, bei bundesweiter Betrachtung so nicht ganz stimmt. Was den Bildungshintergrund betrifft, und damit den sozialen Klassenhintergrund, ist es gemäß der Studie diverser, als man es sich eigentlich dachte. Es gibt bundesweit ungefähr 600 Kinder- und Jugendparlamente. Wo es Nachholbedarf gibt, ist im Bereich Migrationshintergrund, dies jedoch nur als Fußnote. Es braucht sehr viel Jugendarbeit, um die Kinder direkt anzusprechen und zu erreichen. Da führt aus unserer Sicht kein Weg vorbei.

Auf der Landkreisebene und im ländlichen Raum ist bei digitalen Formaten immer die Frage, ob es dort eigentlich Empfang gibt. Das ist ein großes



Problem, welches nicht nur die Kinder und Jugendlichen vor Ort betrifft, sondern auch die Erwachsenen. Wie komme ich zum Treffen der Konferenz vom Jugendparlament oder des Beirats und wieder zurück, wenn der letzte Bus um sechs gefahren ist? Das betrifft auch Fragen der Zeit, wenn Jugendliche an einem Jugendhilfeausschuss teilnehmen wollen, dann sind die Termine oft in der Schulzeit oder spät abends, wo dann das Problem der Rückfahrt wieder auftaucht. Das heißt wenn wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen sich flächendeckend beteiligen, dann müssen wir auch die Erwachsenenformate umlegen. Und zwar so, dass sie für die Kinder und Jugendlichen passen oder eben eigene Formate für die Kinder- und Jugendeinrichtungen schaffen, die dann für diese zeitlich und räumlich erreichbar sind. Das wären so die ersten Ideen. In Brandenburg wurden vor anderthalb Jahren die Mussbestimmungen in der Gemeindeordnung oder Kommunalverfassung eingeführt, und seitdem passiert dort bei der Kinder- und Jugendbeteiligung sehr viel. Die Gemeinden müssen in ihrer Hauptsatzung aufnehmen, wie sie die Kinder und Jugendlichen bei sich beteiligen wollen. Es werden sehr viele Konferenzen durchgeführt und ich bekomme mit, dass viele gute Projekte anlaufen. Die Kommunen stellen sich zum Thema auf und es wird in den kleinen Ortsverbänden viel und sehr kleinteilig gearbeitet. Es werden sich Fragen gestellt: Wie wollt ihr euch beteiligen, was gibt es für Formate und wird auch mit den Kindern und Jugendlichen gearbeitet? Das ist noch nicht der Schlüssel auf die Antwort, aber es passiert auch viel im ländlichen Raum. Zu dem Jugendparlament in Frankfurt: Unsere Erfahrung ist, dass es gerade in sehr großen Kommunen schwierig ist, ein Gesamtjugendparlament zu schaffen. Ich glaube, in Stuttgart gibt es in jedem Bezirk solche Formate, und dann irgendwie in der Gesamtstruktur in der Stadt. Es ist daher erst einmal die Herausforderung, ein Gesamtparlament zu schaffen, weil gerade Kinder- und Jugendbeteiligung auf der kommunalen Ebene immer sehr lebens- und kieznah ist. Auf der Ebene einer Großstadt sind es natürlich auch abstraktere Themen. Das heißt gerade die Qualität der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung, Themen vor Ort aufzugreifen und um die Ecke etwas zu ändern, können Kinder und Jugendliche

dort besser umsetzen. Auf der Großstadtebene ist es schwerer, das so einfach zu machen. Dort herrscht eine stärkere Abstraktionsebene, und deshalb haben aus unserer Sicht vielleicht Jugendparlamente auf Landes- wie auf Großstadtebene auch ihre Schwierigkeiten. Das heißt es wäre vielleicht hilfreich, eine Struktur mit Stadtteilbeiräten zu haben, die dann jeweils Mitglieder haben und sich in einem Gesamtgremium treffen. Zur Wahlbeteiligung: Es gibt auch Versuche, die Wahlen digital umzustellen, die bisher nicht so einfach funktioniert haben. Dort muss es auch eine direkte Ansprache über die Schule und Jugendarbeit geben, wie Sie es auch schon gesagt hatten. Ich denke, dass es aus fachlicher Sicht eher wichtiger ist, dass die Mitglieder halbwegs repräsentativ für die Stadtmischung der dortigen Kinder und Jugendlichen sind, als dass es jetzt eine extrem hohe Wahlbeteiligung gibt. Es ist auch eine andere Wahl als die Wahl für die Kommunalparlamente, wo ein großer Aufwand betrieben wird, dass alle wählen gehen. Bei den Kinder- und Jugendparlamenten ist die Struktur so angelegt, dass die Wahlbeteiligung geringer ist als bei den Erwachsenengremien. Ihre Legitimation und ihre repräsentative Qualität ziehen sie daraus, dass dort Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus versammelt sind und dort nicht ihre eigenen Interessen vertreten, sondern als Mitglied die Interessen, derer sie repräsentieren. Das ist auch die Qualität dieser Gremien. Dass die mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung legitimiert sein müssten, wie man es gerne bei den Erwachsenenparlamenten hätte, das sehen wir bei den Kinder- und Jugendparlamenten eigentlich nicht. Es gibt auch welche, die sind gar nicht gewählt, sondern delegiert. Es gibt auch Beiräte, wo jeder hinget, der Lust hat. Manche sind dann dauerhaft da, andere gehen wieder. Das schränkt deren Legitimität nicht ein, sagen wir, und auch nicht deren Qualität der Arbeit. Aus unserer Sicht muss keine 60, 70, 80-prozentige Wahlbeteiligung erreicht werden, das wird auch, glaube ich, nicht möglich sein. Das ist nicht unbedingt ein Qualitätsmerkmal. Ich hoffe, es waren halbwegs die Themen dabei, die gefragt worden sind, es waren vier oder fünf. Wenn nicht, dann gern noch einmal nachfragen. Danke.



**Luise Pfütze** (Stabsstelle Advocacy SOS-Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder): Ja, Frau Wiesmann, vielen Dank für die Frage. Sie haben völlig Recht und stoßen da etwas an, was vielleicht missverständlich beim Thema Altersgerechtigkeit rüberkam. Ich gehe davon aus, dass Sie dieses Kitabeispiel meinen. Die ganz Kleinen, das hatte ich aus Zeitgründen ein bisschen außen vorgelassen, sind in einem sogenannten Nest und haben dort einen sehr viel strukturierteren und geschützteren Rahmen. Bei den Älteren geht es nicht um Laissez-faire und jeder macht zu jeder Zeit was er will. Es gibt schon Strukturen, also dass sie jeden Tag neu wählen und darin aber auch eng begleitet werden. Es ist, glaube ich, so wichtig, diese kontinuierliche Bindung und Beziehung mit den Erzieherinnen zu gewährleisten. Dann ist es wichtig, dass sie an dem Tag, an dem sie die Entscheidung getroffen haben, was sie machen möchten, auch dabei bleiben und nicht sagen, dass sie jetzt keine Lust mehr haben und in einen anderen Raum gehen. Innerhalb dieses Raumes gibt es auch Rituale, wie z. B. den Morgenkreis und es wird zusammen mit den anderen Kindern verhandelt, was sie gemeinsam gestalten wollen. Ich glaube, dass diese Gemeinsinnorientierung genau darüber entsteht. Es wäre fatal, wenn das Ergebnis ist, dass jeder denkt „nach mir die Sintflut“ und überfordert wäre. Dann gibt es auch z. B. Ruhephasen, um einfach körperliche oder Sinneswahrnehmung und Reizüberflutung zu vermeiden. Es gibt eine gewisse Ruhephase, aber dort ist es nicht Zwang, dass Kinder schlafen müssen. Die einen möchten sich vielleicht hinlegen und schlafen, weil sie wirklich körperlich kaputt sind, und die anderen möchten sich lieber in die Lesecke zurückziehen und dort ihre Ruhe finden. Also es ist nicht das eine oder das andere Extrem. Es ist vielmehr das individuelle Eingehen auf das Kind und es dabei immer wieder zu begleiten.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Ich meine mich auch erinnern zu können, dass man beim Essen auch einen gewissen Rahmen hat. Es also nicht jeden Tag Pommes und Chicken McNuggets ausgesucht werden können. Das ist zwar auch mal dran, aber da gibt es Verschiedenes zur Auswahl.

**Luise Pfütze** (Stabsstelle Advocacy SOS-Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder): Genau, und ich kann nicht den ganzen Tag essen, sondern es gibt zwei Zeiten, wo die Kinder essen und entscheiden können, ob sie jetzt schon Hunger haben oder erst zu Ende spielen wollen, um dann später zu essen. Teilweise verabreden sie sich dann, um zusammen essen zu gehen. Es ist trotzdem schon eine Verbindlichkeit vorhanden.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Herr Huber.

Abg. **Johannes Huber** (AfD): Danke für die Vorträge. Ich würde den Blick ein bisschen nach oben senken, vom Detail weg auf das große Ganze. Sie haben jetzt diese These teilweise außer Kraft gesetzt, dass die Beteiligung in den Jugendparlamenten nicht nur von den Kindern aus dem Bildungsbürgertum kommt, sondern dass sich auch andere daran beteiligen. Herr Schiller, Sie haben den Familienreport genannt, der mich jetzt noch einmal interessieren würde. Vielleicht haben Sie die Studie auch im Kopf, sonst kann ich es auch noch einmal nachschauen. Darin ist die These aufgestellt worden, dass die Beteiligung den Kreislauf der Vererbung von Armut durchbricht. Auf der anderen Seite war jetzt eben auch immer wieder konnotiert worden, dass sich doch auch in der Beteiligung eigentlich die herrschenden Verhältnisse manifestieren. Von daher hätte ich noch einmal die Nachfrage, wie genau der Prozess vonstattengeht? Also wie kann durch Beteiligung die Armut letztendlich aufgelöst werden, und muss man sich dafür in Netzwerken integrieren oder gibt es andere Möglichkeiten?

**Vorsitzender:** Gibt es weitere Fragen aus der Runde? Sonst hätte Herr Huber noch eine.

Abg. **Johannes Huber** (AfD): Ich hätte noch eine Nachfrage an Frau Pfütze, wenn es erlaubt ist. Bei der Beteiligung ist mir jetzt auch noch einmal der Gedanke gekommen, anknüpfend an die aktuelle Diskussion, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, wo denn Kinder aktuell heute nicht mitspielen dürfen, also wo Sie noch Defizite sehen? Bleiben wir einmal bei der Kita vor Ort. Es



gibt die Möglichkeit, dass es diese Einrichtung gibt und dass es dort verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung gibt. Das Spannungsfeld, das ich hier nur ganz kurz aufmachen möchte ist, dass es auch an der Aufklärung fehlt und damit die bestehenden Angebote nicht wahrgenommen werden. Da hätte ich einfach die Frage gestellt, sollten wir nicht zunächst dafür sorgen, dass die bestehenden Angebote besser wahrgenommen werden, bevor wir als Gesetzgeber im großen Ganzen etwas ändern?

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Frau Rührich.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Es hat vorhin nicht gepasst, deswegen frage ich es jetzt an der Stelle noch einmal. Ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar und möchte das von Ihnen Gesagte auch unterstützen, dass Beteiligung eine Gewähr dafür ist, dass andere Kindergrundrechte oder Rechte wie Schutz und Förderung überhaupt erst wirksam in die Tat umgesetzt werden können. Also ein Kind zu fördern, ohne es daran zu beteiligen, was es denn selbst erreichen und welche Lernschritte es selbst machen möchte, kann nicht erfolgreich sein. Genauso wie Sie das gesagt haben, hat es Herr Rörig auch schon einmal ähnlich gesagt. Ein Kind, das weiß, wie es sich Hilfe holen kann oder weiß, dass seine Meinung auch gehört wird, kann sich leichter und besser zur Wehr setzen, wenn ihm etwas Schlimmes angetan wird. Wenn es ständig die Erfahrung macht, dass es sagen kann, was es möchte und doch nicht gehört wird, ist das für mich ein gutes Argument dafür, dass Kinderrechte nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Wir können nicht sagen, dass wir jetzt nur Schutz machen, weil Schutz ohne Beteiligung einfach leerläuft oder irgendwie formalisiert ist und dann auch nicht so wirksam ist, wie es sein könnte. Gerade was die Betroffenen berichten, dass sie in zehn Fällen etwas gesagt haben und in neun Fällen nicht erhört wurden, ist für mich ein Beleg dafür, dass die Beteiligung und Meinungsstärke auch bei allen untermauert werden muss. Es darf nicht nur auf so einer plakativen Ebene stattfinden, sondern als Selbstverständlichkeit in jeder Kommune und jeder Einrichtung überall vor Ort.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hätte ich noch eine Frage, inwieweit die Eltern bei der Einbeziehung der Kinder mit einbezogen werden? Wie genau funktioniert das? Und zum dritten, wie wird die Beteiligung von Kindern in den Einrichtungen auch von den Erziehungsberechtigten wahrgenommen? Das würde mich noch einmal interessieren. Ansonsten möchte ich darauf hinweisen, dass es keine Unhöflichkeit oder Desinteresse ist, wenn ich um Viertel vor den Raum verlasse, da ich einen Anschlusstermin habe. Ich möchte mich auf jeden Fall an dieser Stelle schon einmal herzlich für die Vorträge und Antworten bedanken, die ich als sehr aufschlussreich empfunden habe. Was Sie auf meine Frage gleich antworten werden, lese ich dann zur Not im Protokoll oder werde es mir zutragen lassen. Ich wollte es aber nicht verpassen, mich dann schon einmal an dieser Stelle bei Ihnen zu bedanken.

**Luise Pfütze** (Stabsstelle Advocacy SOS-Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder): Vielleicht antworte ich. Die Einbeziehung der Eltern ist auf jeden Fall sehr wichtig. Es ist ja eine Erziehungspartnerschaft, die wir z. B. im Bereich Kita mit den Eltern eingehen. Die Eltern werden über verschiedene Formate informiert. Am Anfang gibt es ein sehr intensives Aufnahmegespräch, in dem unsere Grundsätze erklärt werden. Danach gibt es immer zweimal im Jahr Entwicklungsgespräche, daneben noch Tür- und Angelgespräche und Elternabende. Wie die Eltern das wahrnehmen, ist natürlich sehr unterschiedlich und man kann es pauschal gar nicht sagen. Ich war jetzt vor ein paar Tagen noch einmal bei uns in der Kita und habe mit den Kollegen dort gesprochen. Sie haben gesagt, dass grundsätzlich erst einmal die Offenheit da ist, aber dass es teilweise unterschiedliche Verständnisse darüber gibt. Daher muss man schauen, wo man einen Kompromiss findet, der für beide Seiten passt. Sie nehmen aber auch Impulse mit, sei es jetzt beim gesunden Essen für die Kinder oder wie Sie die Beteiligung zuhause gestalten können. Aber es gibt natürlich auch Familien, die andere Vorstellungen haben und man einen Kompromiss finden muss oder wo dann gesagt werden muss, dass so daran gearbeitet wird. Für Kinder ist das auch vielleicht ein Lernfeld, dass sie merken, dass



es nicht überall gleich ist und sie bei uns noch einmal etwas anderes lernen. Sie lernen zwei verschiedene Welten kennen, wovon die eine nicht schlechter ist. Das wäre die Kitaebene. Auf der Ebene der stationären Einrichtung kommt das sehr darauf an. Die Einbeziehung des Hilfesystems der Herkunftsfamilie ist besonders wichtig, und es kommt dabei sehr darauf an, wie konfliktiv alles ist. Wurde das Sorgerecht entzogen oder haben die Eltern ihre Kinder mehr oder weniger freiwillig in die Einrichtung gegeben. Ich glaube, das würde jetzt sehr weit führen, da eine Verallgemeinerung zu machen. Auf die Frage, ob bestehende Angebote erst besser wahrgenommen werden müssen, bevor grundgesetzlich etwas geändert wird, würde ich mit einem Ausspruch unserer Geschäftsführung beantworten. Die sagt immer gerne, das eine tun, ohne das andere zu lassen. Ich finde, dass wir natürlich die bestehenden Angebote nutzen müssen, weil an vielen Stellen in der Kommune oder bei uns als Träger immer noch Luft nach oben ist. Aber das heißt nicht, dass wo wir Handlungsbedarfe und Defizite sehen, nicht handeln sollten.

**Sebastian Schiller** (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes e. V.): Es gibt jetzt zwei Fragedimensionen. Zum einen fragten Sie nach dem Kinderreport 2012, wo diese These behandelt wird, ob Beteiligung gegen Armut hilft. Also dieser Kinderreport 2012 ist eine Studie, die es leider nicht digital gibt, sondern nur als Zusammenfassung der wichtigsten Thesen. Ich könnte Sie Ihnen aber zuschicken. Ich bin nicht der Kinderarmuts- oder Armutsexperte, aber es gibt verschiedene Dimensionen von Armut. Das ist der finanzielle Bereich, aber auch der Bereich Bildung, Teilhabe und Gesundheit. Natürlich kann Beteiligung nicht gegen finanzielle Armut helfen, das ist jedem auch klar. Armut geht mit negativen Folgen für die Kinder einher, und die Frage stellt sich hier, wie sehr Armut die Kinder schwächt. Grundsätzlich kann Frau Pfüze hier ein bisschen mehr zu sagen. Also welche negativen Auswirkungen hat Armut auf die Kinder und die Familie, die in Armut lebt, und wie gehen die Kinder damit um? Dieser Kinderreport hat untersucht, welche Auswirkungen die frühe Beteiligung auf die Resilienz der Kinder hat. Es wurde nachgewiesen,

dass bei einer frühen Beteiligung die Kinder gestärkt werden und sich ihre Resilienz verbessert. Hieraus könnte die These abgeleitet werden, dass dies die Kinder in die Position bringt, besser mit den negativen Armutsfolgen umzugehen, und wenn sie älter sind, sich in Zonen begeben, wo sie selbstständig nach Teilhabe suchen und aktiv werden. Also dieser Bereich von Armut ist gemeint. Das ist nachgewiesen worden mittels einer qualitativen Studie an Kitas in Thüringen. Soweit habe ich die These ein kleines bisschen detaillierter ausgeführt. Sie fragten auch noch nach den sozialen Zusammensetzungen in den Kinder- und Jugendparlamenten. Die von mir angesprochene Studie ist noch nicht veröffentlicht, aber ich habe sie hier im Entwurf dabei. Die Autoren sagen, dass die Kinder- und Jugendparlamente in Bezug auf den Bevölkerungsschnitt und die Sozialmilieus repräsentativer sind als die Zusammensetzung der Erwachsenenparlamente. Das ist eine ganz spannende Erkenntnis. Das heißt nicht, dass das genau abgebildet ist, aber das soll auch nicht der Anspruch an solche Gremien sein. Zumindest ist es ein Format, das entgegen dem bisherigen Vorurteil oder Fachurteil, dem wir auch ein Stück weit angehangen sind, nicht per se eine bestimmte Bildungssicht bevorzugt. Das vielleicht noch einmal zu dem zweiten Aspekt.

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Ich würde mir gerne herausnehmen, noch eine Zusatzfrage zu stellen, weil Sie gerade noch etwas Wichtiges angesprochen haben. Das System Schule ist nun auch eins, in dem über weite Strecken viel Zeit verbracht wird. Also die meisten Jugendlichen in Deutschland verbringen mindestens zehn Jahre in der Schule. Hier ergibt sich neben den familiären, außerschulischen oder frühen Situationen oder eben parallelen Mitbestimmungsmöglichkeiten ganz einfach eine große Gelegenheit für Beteiligung. Wie wichtig erachten Sie es, dort noch systematischer oder mit anderen Ansätzen als bisher die Kinder- und Jugendbeteiligung intensiver und systematischer zu nutzen? Oder ist dort schon fast alles im Ziel? Ich weiß, dass ist eine große Frage, da wir 16 Bundesländer haben, die alle unterschiedlich sortiert sind. Aber vielleicht können Sie hierzu etwas sagen, welche Bedeutung das aus Ihrer Sicht haben könnte.



**Sebastian Schiller** (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes e. V.): Ich fange mal an. Hierzu habe ich jetzt keine schöne Studie, die im Entwurf oder in der Veröffentlichung ist, aber ich kann aus dem berichten, was fachlicher Konsens ist. Die Schule ist im Hinblick auf Beteiligung die allergrößte Baustelle. Die Kinder kommen aus der Kita und haben dort tolle Projekte gemacht und wurden dort auch z. B. mittels Kinderparlamenten in der Kita beteiligt. Frau Pfützte hat das gerade erklärt. Jetzt kommen sie in die Schule und verstehen die dortige Welt nicht, weil jetzt alles ganz anders ist. Dort passiert alles von oben und beteiligt wird nicht. Also eine völlig andere Welt. Das heißt wir verlieren in der Grundschule die Kinder, die wir in den Kitas für Fragen der Kinderrechte, der Beteiligung und der demokratischen Mitbestimmung gewonnen haben. Das ist die Sachlage. Alle Fachleute sagen, dass die Schule die größte Baustelle in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung ist. Wo will man da anfangen? Auf der gesetzlichen Ebene sicherlich. Wir haben eine Studie gemacht, in der die Schulgesetze miteinander verglichen wurden und festgestellt, dass es dort Spielräume gibt. Das Gesetz ist das eine. Das andere sind Lehrerinnen und Lehrer, die Zeit haben, die Mitbestimmungsmöglichkeiten auch in der Schule umzusetzen. Die Schülerinnen und Schüler benötigen Zeit, um ihren Klassenrat zu betreuen. Es gibt viele Stellschrauben, an denen jeweils gedreht werden müsste. Dies passiert auch in Teilen, aber es ist offenbar ein sehr schwieriges Thema. Wo dies am besten möglich scheint, ist über die Nachmittagsbetreuung. Dort finden die Angebote der Jugendarbeit statt. Man versucht hier, Beteiligung mit dem System Schule zu erreichen und hofft, dass das funktioniert. Das wäre jetzt so die Antwort fürs erste.

**Luise Pfützte** (Stabsstelle Advocacy SOS-Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder): Ich bin auch keine Expertin für das System Schule, aber ich denke, Sie haben recht. Sebastian Schiller hat es auch schon angesprochen, dass dort für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ganz viel Luft nach oben ist. Es ist noch sehr viel auf der Ebene von Schüler\*innenvertretung angesiedelt, deren Einflussmöglichkeiten dann am Ende doch sehr beschränkt sind. Es gibt eine im nächsten Frühjahr veröffentlichte Untersuchung, die bei einer Tagung von *jugendgerecht* angesprochen wurde, die untersucht hat, wie Kinderrechte in den Bildungsplänen der Länder überhaupt verankert sind. Mein erster Ansatz wäre daher zu schauen, wie ist das da überhaupt drin. Da könnte ich Ihnen Bescheid geben, wenn ich weiß, wann diese Studie erschienen ist. Ansonsten würde ich mich anschließen, dass die Schule eine wirklich große Baustelle ist und dass dort der Föderalismus eine besondere Hemmschwelle darstellt, wenn man es von der Bundesebene angehen möchte.

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich schaue noch einmal, ob es noch weitere Fragen gibt. Zumindest gerade jetzt nicht. Man kann Sie auch finden oder kontaktieren oder ist ohnehin mit Ihnen im Gespräch. Ich darf mich auch noch einmal sehr herzlich für Ihr Erscheinen bedanken und dass Sie mit uns hier diskutiert und viel mitgebracht haben. Wir freuen uns, wenn wir die Unterlagen erhalten könnten, wahrscheinlich haben wir sie auch schon. Einen guten Heimweg für Sie und bis auf bald – herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 16.51 Uhr

Matthias Seestern-Pauly, MdB  
**Vorsitzender**